

## 68. Sitzung des Gemeinderates - öffentlich -

Sitzungstag:

**Donnerstag, 12.09.2019**

Sitzungsort:

**Sitzungssaal Rathaus 1. OG**

Namen der Mitglieder des Gemeinderates		
anwesend	abwesend	Abwesenheitsgrund
<b>Vorsitzender:</b> Erster Bürgermeister Andreas Kemmelmeier		
<b>Niederschriftführer:</b> Schriftführer Lothar Kipp		
<b>Gremiumsmitglieder:</b> Betina Mäusel Johann Zehetmair Manfred Axenbeck Josef Ebert Dr. Günther Ernstberger Gisela Fischer Sabine Fister Udo Guist Albert Kirnberger Franz Klietsch Johannes Mecke Gertrud Mörike Günter Peischl Andreas Post Manuel Prieler Marianne Rader Jutta Schödl Gerda Settele Franz Solfrank Simone Spratter Irmgard Zankl		
	Lorenz Ilmberger Philipp Schwarz Thomas Weingärtner	

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Vorsitzende begrüßt die Mitglieder des Gemeinderats, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er begrüßt ferner die anwesenden Vertreter der Presse, die Vertreter der Verwaltung sowie sämtliche Zuhörer der öffentlichen Sitzung.

Entschuldigt fehlen heute die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Schwarz und Herr Weingärtner.

Vor Einstieg in die Sitzung gratuliert der Vorsitzende der Gemeinderätin Frau Fister und dem Gemeinderat Herrn Ebert nachträglich recht herzlich zu Ihren Geburtstagen.

Ebenfalls nachträglich nebst Überreichung eines kleinen Präsentes gratuliert der Vorsitzende der Gemeinderätin Frau Mäusel zur Benennung als Leitung des Gymnasiums in Unterföhring und wünscht Ihr viel Erfolg und Freude mit der neuen Aufgabe.

Frau Mäusel gratuliert dem Vorsitzenden Herrn Kemmelmeyer nachträglich recht herzlich zu seinem Geburtstag.

Nachdem keine Einwände gegen die festgesetzte Tagesordnung bestehen, eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

#### 924 22 **Genehmigung der letzten Sitzungsniederschrift**

##### **Beschluss:** 22:0

Die Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 11.07.2019, die den Gemeinderatsmitgliedern übermittelt worden ist, wird genehmigt

AZ 024  
Hauptamt

#### 925 22 **Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlichen Sitzungen**

Von den in nichtöffentlichen Sitzungen des Gemeinderates gefassten Beschlüsse wurde kein Beschluss in der heutigen öffentlichen Sitzung verlesen, weil die Gründe der Geheimhaltung noch bestehen.

AZ 024  
Hauptamt

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- 926      22      **Jahresrechnung 2018**  
**Genehmigung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im**  
**Rechnungsjahr 2018**

Der Bürgermeister stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2019 mit der Jahresrechnung 2018 die Aufstellung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Rechnungsjahr 2018 zugestellt wurde.

Die Zusammenstellung der im Laufe des Rechnungsjahres 2018 notwendig gewordenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben wird bekannt gegeben.

Beschluss: 22 : 0

Die im Laufe des Rechnungsjahres 2018 erfolgten und noch nicht vom Gemeinderat beschlossenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben werden genehmigt; deren Notwendigkeit wird anerkannt.

AZ 9520  
Finanzen

- 927      21      **Jahresrechnung 2018**  
**Feststellung der Jahresrechnung 2018 und Entlastung gem. Art. 102**  
**Abs. 3 GO**

Zu diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Zweite Bürgermeisterin den Vorsitz, da der Erste Bürgermeister bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt ist. Er ist daher gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Die Bürgermeisterin bringt den Beschluss vom 11.07.2019, Nr. 915 in Erinnerung, mit dem der Gemeinderat die Jahresrechnung 2018 zur Prüfung verwies.

Die Bürgermeisterin stellt fest, dass den Gemeinderatsmitgliedern im Juli 2019 die Jahresrechnung 2018 übergeben wurde.

Das Gemeinderatsmitglied Frau Jutta Schödl gibt als Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses den Prüfungsbericht mit den Anregungen und Feststellungen in der Aktenvormerkung vom 29.07.2019 bekannt. Die darin enthaltenen Anregungen des Prüfungsausschusses wurden an die entsprechenden Fachbereiche der Verwaltung zur Beachtung und Erledigung weitergeleitet.

Die Jahresrechnung 2018 kann aufgrund des Ergebnisses der örtlichen Prüfung vom Gemeinderat festgestellt werden. Nach Artikel 102 Abs. 3 GO erfolgt die Entlastung des Bürgermeisters nach der örtlichen Prüfung.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Der Soll-Abschluss für das Haushaltsjahr 2018 wird bekannt gegeben

Beschluss: 21 : 0

#### Feststellung der Jahresrechnung 2018

Der Rechnungsabschluss (Soll-Abschluss) wird vom Gemeinderat anerkannt und die Jahresrechnung 2018 gem. Art. 102 Abs. 3 GO festgestellt auf:

	Summe bereinigte Soll-Einnahmen EUR	Summe bereinigte Soll-Ausgaben EUR
Verwaltungshaushalt	174.022.665,27	174.022.665,27
Vermögenshaushalt	143.183.526,26	143.183.526,26
<b>Gesamthaushalt</b>	<b>317.206.191,53</b>	<b>317.206.191,53</b>

#### Entlastung

	EUR
Die gesamten Kasseneinnahmereste betragen	<u>82,51</u>
Die gesamten Kassenausgabereste betragen	<u>13.114,72</u>
Der Stand des Vermögens nach § 76 Abs. 1 KommHV (Forderungen IST am 31.12.2018)	<u>89.458.219,00</u>
und der des Vermögens nach § 76 Abs. 2 KommHV (Wertstoffhof, Friedhof und Abwasserbeseitigung)	<u>11.703.517,00</u>
Die Schulden betrugen am 31.12.2018	<u>0,00</u>
und die Rücklagen nach dem Soll-Abschluss	<u>394.029.094,31</u>

Der Gemeinderat beschließt gem. Art. 102 Abs. 3 GO die Entlastung für 2018.

Der Erste Bürgermeister hat sich an dieser Abstimmung auf Grund persönlicher Beteiligung im Sinne des Art. 49 Abs. 1 GO nicht beteiligt.

AZ 9520  
Finanzen

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

928      18      **Entlastung des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2018**

Der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeier (in seiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler (als Mitglieder des Aufsichtsrates der GEOVOL Unterföhring GmbH) sind bei diesem Tagesordnungspunkt persönlich beteiligt. Sie sind gemäß Art. 49 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) von der Beratung und Beschlussfassung auszuschließen.

Den Vorsitz bei diesem Tagesordnungspunkt übernimmt die Zweite Bürgermeisterin Frau Mäusel.

Die Zweite Bürgermeisterin verweist auf die Beteiligungsberichte 2017, in denen die Beteiligungen der Gemeinde Unterföhring an der GEOVOL Unterföhring GmbH erläutert sind. Neben dem Ersten Bürgermeister als Vorsitzenden des Aufsichtsrates befinden sich vier weitere Gemeinderatsmitglieder sowie Herr Prof. Dr. Greulich im Aufsichtsrat der GmbH.

Die Zweite Bürgermeisterin verweist auf die Jahresabschlussunterlagen 2018, die im Vorfeld zur heutigen Sitzung den Gemeinderatsmitgliedern vertraulich zur Verfügung gestellt wurden.

Mit der Prüfung des Jahresabschlusses (Art. 107 GO), der entsprechend der für eine große Kapitalgesellschaft geltenden Vorschriften (Art. 94 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO i. V. m. § 267 Abs. 1 HGB) durchgeführt wurde, hat der Aufsichtsrat den Wirtschaftsprüfer Herrn Helmut Wiedemann beauftragt. Die erstellten Prüfberichte (inkl. Anlagen) sowie die abschließenden Prüfstata lagen während der Sitzung aus und sind für die Gremiumsmitglieder in der Finanzverwaltung nach Terminvereinbarung einsehbar.

Die Prüfung ergab eine ordnungsgemäße Geschäftsführung, daher empfiehlt der Wirtschaftsprüfer die Entlastung des Geschäftsführers.

In der 107. Aufsichtsratssitzung am 15.07.2019 (Jahresabschluss 2018) hat sich der Aufsichtsrat bereits mit dieser Thematik befasst und gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 4 des Gesellschaftervertrags für die GEOVOL Unterföhring GmbH den Jahresabschluss 2018 festgestellt und in der Folge gemäß § 10 Absatz 2 Nr. 1 des Gesellschaftervertrags die Geschäftsführung entlastet sowie entsprechende Beschlüsse über die Ergebnisverwendung gefasst.

Grundlage des Gesellschaftervertrags vom 24.07.2007 war die entsprechende Beschlussfassung im Gemeinderat vom 12.07.2007, mit der die entsprechenden Aufgaben an den Aufsichtsrat übertragen wurden.

Die Entlastung des Aufsichtsrats übernimmt gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Gesellschafterversammlung. 100%-ige Gesellschafterin ist die Gemeinde Unterföhring, und damit übernimmt der Erste Bürgermeister gemäß Art. 38 Abs. 1 GO die alleinige

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Gesellschaftervertretung. Der Erste Bürgermeister entlastet folglich gem. § 12 Absatz 1 Nr. 6 des Gesellschaftervertrags die Mitglieder des Aufsichtsrates.

Da der Erste Bürgermeister in Personalunion sowohl alleiniger Gesellschaftervertreter als auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, kann die allgemeine Ermächtigung des Gesellschaftervertreters zur Entlastung des Aufsichtsrats nicht für den Aufsichtsratsvorsitzenden gelten.

Die Entlastung des Ersten Bürgermeisters in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender obliegt daher dem Gemeinderat.

Beschluss: 18 : 0

Der Gemeinderat nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung 2018, die Feststellung der Jahresrechnung 2018 sowie die Entlastung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat zur Kenntnis und genehmigt diese hiermit.

Der Gemeinderat spricht zudem dem Ersten Bürgermeister in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzenden sowie dem Aufsichtsrat der GEOVOL Unterföhring GmbH für das Jahr 2018 die Entlastung aus.

Der Erste Bürgermeister sowie die Gemeinderatsmitglieder Herr Ilmberger, Herr Kirnberger, Herr Mecke und Herr Prieler haben sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Abstimmung nicht beteiligt.

Nach Beratung und Beschlussfassung über diesen Tagesordnungspunkt übernimmt der Erste Bürgermeister Herr Kemmelmeier wieder den Vorsitz

AZ 9111  
Finanzen

929

20

#### **Fortführung Wirtschaftsförderprogramm für Betriebsumsiedlungen im Gemeindegebiet Unterföhring (Empfehlungsbeschluss aus dem Finanzausschuss)**

Der Bürgermeister verweist auf die Gemeinderatsbeschlüsse Nr. 1144 vom 14.11.2007 und Nr. 95 vom 25.09.2008, in denen der Gemeinderat ein Wirtschaftsförderprogramm für Betriebsumsiedlungen in Unterföhring mit dem Ziel der Entlastung von städtebaulichen Konflikt- und Spannungslagen und zugleich der Förderung eines Grundstückserwerbs innerhalb von Unterföhring erlassen hat. Für das Programm wurden insgesamt Fördermittel von 1 Mio. € festgeschrieben, die mittlerweile ausgeschöpft sind.

Der Bürgermeister berichtet, dass diese Thematik im Finanzausschuss am 18.07.2019 vorberaten wurde. Dieser empfiehlt dem Gemeinderat, das Wirtschaftsförderprogramm aus dem Jahr 2008 mit gleichen Bedingungen neu

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

aufzulegen, sowie für dieses Programm Mittel i.H.v. 800.000 € unter der Haushaltsstelle 79120.9830 zur Verfügung zu stellen.

Zur Fortsetzung des Wirtschaftsförderprogrammes wäre eine zusätzliche Summe Fördersumme von 800.000 € bis auf weiteres erforderlich.

Das Landratsamt München sieht eine Fortführung des Wirtschaftsförderprogrammes für Betriebsumsiedlungen der Gemeinde Unterföhring soweit als zulässig an, soweit die Leistungsfähigkeit der Gemeinde gegeben ist. Das Ziel des Wirtschaftsförderprogrammes ist die Betriebsumsiedlung aus Gemengelage (Wohnbebauung – störendes Gewerbe). Die bisherigen Inhalte des Wirtschaftsförderprogrammes aus 2008 können weiter angewandt werden, mit Ausnahme der Fördermittel. Diese könnten nach Ansicht der Verwaltung vorerst mit 800.000 € für das Gemeindegebiet Unterföhring als ausreichend angesehen werden. Der Entwurf des Wirtschaftsförderprogrammes (Stand vom 29.07.2019) wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 20 : 0

Der Gemeinderat stimmt der Fortführung des Wirtschaftsförderprogrammes für Betriebsumsiedlungen in Unterföhring, Stand 29.07.2019, zu.

Für dieses Programm werden insgesamt Mittel in Höhe von 800.000 € unter der Haushaltsstelle 79120.9830 zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinderatsmitglieder Herr Guist und Frau Spratter haben sich gemäß Art. 49 Abs. 1 GO an der Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligt.

AZ 821  
Finanzen

- 930    22    **Antrag der CSU-Fraktion auf Änderung des Gemeinderatsbeschluss vom 06.06.2019; Flexible Wohnraumplanung unter Berücksichtigung einer Demenzgruppe auf Flur Nr. 186/40. Erweiterung um die Fl.Nrn. 186, 186/31 (Feringahaus), 186/61 (Feuerwehr-Parkplatz), 186/62, 186/40, 184/13 und Teil 184/6**

Der Vorsitzende gibt den Antrag vom 13.06.2019 der CSU-Fraktion bekannt. Der Antrag der CSU-Fraktion auf Änderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 06.06.2019, Nr. 902. Flexible Wohnraumplanung unter Berücksichtigung einer Demenzgruppe auf Flur Nr. 186/40. Erweiterung um die Flur Nrn. 186, 186/31 (Feringahaus), 186/61 (Feuerwehr-Parkplatz), 186/62, 186/40, 184/13 und Teil 184/6, wurde dem Gremium zugestellt.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Inanspruchnahme entsprechender Fachgremien, die im Betreff genannten Flurnummern in die Planungen zur flexiblen Wohnraumplanung gemäß Gemeinderatsbeschluss vom 06.06.2019 mit aufzunehmen.

Folgende Themen sollen neben Wohnraum in die Überlegungen mit einfließen und auf Machbarkeit geprüft werden:

- Mehrgenerationen-Haus
- Betreutes Wohnen
- Demenzgruppe (Dauereinrichtung/Tagespflege)
- Wohneinheiten mit Betreuung für MS-Patienten
- Integrative Kindereinrichtung

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, eine Zwischennutzung des Feuerwehrgerätehauses bis zur Realisierung der erarbeiteten Maßnahmen zu prüfen.

#### Begründung:

Die Verlegung des Standortes der Feuerwehr bietet unserer Gemeinde die einmalige Gelegenheit, zentral gelegene, zusammenhängende Flächen mit zukunftsweisenden Wohnformen zu gestalten. Hierfür gilt es, keine Isolation von bestimmten Zielgruppen, sondern ein harmonisches Miteinander von Jung und Alt, mit und ohne Handikap, zu schaffen.

Der von der SPD gestellte und mehrheitlich beschlossene Antrag zur flexiblen Wohnraumplanung betrachtet das Areal der Feuerwehr als Solitär und berücksichtigt leider nicht die bereits bestehenden natürlichen Strukturen des gesamten Gebietes, wie z.B. den Park zwischen Feringahaus und Rathaus, die in die Überlegenheit mit einfließen und in die Planung (z. B. Demenzgarten) integriert werden könnten.

Eine Überlegung des gesamten Areals, wie bereits in der Vergangenheit fraktionsübergreifend diskutiert, mit Umsetzung in Bauabschnitten wäre unseres Erachtens sinnvoll.

Beschluss: 8 : 14

Die Verwaltung wird beauftragt, unter Inanspruchnahme entsprechender Fachgremien, die Fl.Nrn. 186, 186/31 (Feringahaus), 186/61 (Feuerwehr-Parkplatz), 186/62, 186/40, 184/13 und ein Teil der 184/6, in die Planungen zur flexiblen Wohnraumplanung gemäß dem Gemeinderatsbeschluss vom 06.06.2019, Nr. 902, mit aufzunehmen.



## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Folgende Themen sollen neben Wohnraum in die Überlegungen mit einfließen und auf Machbarkeit geprüft werden:

- Mehrgenerationen-Haus
- Betreutes Wohnen
- Demenzgruppe (Dauereinrichtung/Tagespflege)
- Wohneinheiten mit Betreuung für MS-Patienten
- Integrative Kindereinrichtung

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, eine Zwischennutzung des Feuerwehrgerätehauses bis zur Realisierung der erarbeiteten Maßnahmen zu prüfen.

AZ 024  
Bauamt

931

22

#### **Antrag der PWU-Fraktion zur Gewährung einer freiwilligen Zulage (München-Zulage)**

Mit Schreiben vom 19.07.2019, eingegangen am 22.07.2019, stellt die PWU-Fraktion folgenden Antrag:

##### „Antrag:

*Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit zur Gewährung einer freiwilligen sogenannten „München-Zulage“ zu prüfen sowie ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.*

##### Begründung:

*Die Gemeinde Unterföhring nutzt zur Gewinnung bzw. Bindung von Fachkräften seit 01.01.2016 die sogenannte Arbeitsmarktzulage und gewährt hierfür eine Zulage i.H.v. 250,- € monatlich bei Vollzeitbeschäftigung. Diese Zulage darf grundsätzlich nur im Einzelfall und nur dann gewährt werden, wenn hierdurch (entsprechend begründet) eine Fachkraft gewonnen bzw. gehalten werden kann/soll. Der Landkreis München hat am 15.07.2019 in einer Pressemitteilung bekanntgegeben, dass er künftig -wie die Landeshauptstadt München für ihre Beschäftigten- eine „München-Zulage“ gewähren will.*

*Möglich sei dies durch eine entsprechende Entscheidung des Kommunalen Arbeitgeberverbands Bayern (KAV Bayern), der diese freiwillige Zulage, die bisher nur von der Landeshauptstadt München gewährt werden konnte, nunmehr für alle Kommunen im Verdichtungsraum München freigegeben habe.*

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

*Ziel dieser besonderen Zulage ist es, eben jene Unterstützung zu den hohen Lebenshaltungskosten zu gewähren, die bisher zwar zwingend erforderlich aber nicht möglich war.*

*Die Verwaltung soll daher aufgrund dieser offenbar neu eingetretenen Entwicklungen prüfen und vorschlagen, ob und wie auch die Gemeinde Unterföhring ihren Mitarbeitern/innen diese freiwillige Leistung zur Unterstützung bei den hohen Lebenshaltungskosten gewähren kann.“*

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag der PWU-Fraktion zu und beauftragt die Verwaltung, die Möglichkeit zur Gewährung einer freiwilligen sogenannten „München-Zulage“ zu prüfen sowie ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu erarbeiten und dem Gemeinderat vorzulegen.

Hauptamt

932 22 **Antrag des Seniorenbeirates der Gemeinde Unterföhring auf kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses 232**

Der Vorsitzende gibt den Antrag des Seniorenbeirates vom 07.06.2019, eingegangen am 11.06.2019, auf kostenfreie/unentgeltliche Nutzung des Ortsbusses 232 bekannt.

Der Antrag lautet wie folgt:

1. Die Benutzung der Ortsbuslinie 232 ist innerhalb der Gemeindegrenzen für alle Fahrgäste unentgeltlich/kostenfrei.
2. Die dadurch zusätzlichen Kosten für die Gemeinde sind als außerplanmäßig oder zum nächstmöglichen Zeitpunkt planmäßig in den Haushalt einzustellen.
3. Fahrkosten fallen erst durch das Überfahren der Gemeindegrenzen an.
4. Dieser Antrag wird als wichtiger Beitrag zum Klimaschutz und zum häufigeren Verzicht auf das Kraftfahrzeug für Fahrten in Unterföhring verstanden.

Begründung:

Zur Verbesserung des Klimaschutzes allgemein und des Kleinklimas in unserer Gemeinde wird die Reduzierung des individuellen Kraftfahrzeugverkehrs als ein wichtiger Baustein gesehen. Darüber hinaus ist damit auch eine finanzielle Erleichterung für Seniorinnen und Senioren, für Familien und Menschen mit geringem Einkommen verbunden.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Kostenfreiheit bzw. Unentgeltlichkeit soll ausschließlich innerhalb der Gemeindegrenzen von Unterföhring gelten und sich auch nur auf die Buslinie 232 beziehen."

Der Antrag wurde dem Gremium zugestellt.

Beschluss: 21 : 1

Der Gemeinderat nimmt den Antrag des Seniorenbeirates vom 7.6.2019 auf kostenfreie/unentgeltliche Nutzung der MVV-Ortsbuslinie 232 für alle Fahrgäste, innerhalb der Gemeindegrenzen zur Kenntnis.

Vor einer abschließenden Entscheidung wird die Verwaltung beauftragt mit dem Landratsamt München und dem MVV, die Voraussetzungen einer kostenfreien/unentgeltlichen Nutzung des Ortsbusses 232 zu prüfen und das Ergebnis dem Gemeinderat vorzulegen.

AZ 611  
Bauamt

933

22

### **Berufung der Wahlleitung für die allgemeinen Gemeindewahlen 2020**

Gemäß Art. 5 Abs. 1 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes (GLKrWG) beruft der Gemeinderat den ersten Bürgermeister, einen der weiteren Bürgermeister, ein sonstiges Gemeinderatsmitglied oder eine Person aus dem Kreis der Bediensteten der Gemeinde oder aus dem Kreis der in der Gemeinde Wahlberechtigten zum Wahlleiter für die Gemeindewahlen. Aus diesem Kreis wird zugleich eine stellvertretende Person berufen.

Zum Wahlleiter oder dessen Stellvertreter kann nicht berufen werden, wer bei der Wahl zum ersten Bürgermeister oder zum Gemeinderat mit seinem Einverständnis als sich bewerbende Person aufgestellt worden ist, für diese Wahlen eine Aufstellungsversammlung geleitet hat oder bei diesen Wahlen Beauftragter für den Wahlvorschlag oder dessen Stellvertretung ist.

Es wird vorgeschlagen, als Wahlleiter den Verwaltungsangestellten Herrn Martin Müller zu bestellen. Als Stellvertreter soll der Verwaltungsangestellte Herr Felix Kinzinger bestellt werden.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat beruft den Verwaltungsangestellten Herr Martin Müller zum Wahlleiter für die allgemeinen Gemeindewahlen 2020; zugleich wird der Verwaltungsangestellte Herr Felix Kinzinger zum Stellvertreter berufen.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Die Berufung des Wahlleiters und seines Stellvertreters ist der Rechtsaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen.

AZ 0240  
Hauptamt

934 22 **Antrag auf Einleiten eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplanes an der Apianstraße für Studentisches Wohnen APIAN II; Aufstellungsbeschluss**

Der Bürgermeister erinnert vorab an den Beschluss des Gemeinderates vom 09.11.2017, Nr. 641: „Der Gemeinderat nimmt den Antrag APIAN Aparthaus GmbH & Co KG, München, vom 27.10.2017, eingegangen per E-Mail bei der Gemeinde ebendann, mit welchem die Einleitung eines Änderungsverfahrens des bestehenden rechtsverbindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78/08, bzw. 78a/10 zur Errichtung zweier weiterer Apartmenthäuser für Studierende und Auszubildende im Bereich des bestehenden Parkplatzes auf der Westseite des Areals beantragt wird, zur Kenntnis und bevollmächtigt den Ersten Bürgermeister zur weiteren Abstimmung zu Gesprächen mit dem Vorhabensträger. Der Gemeinderat ist hier auf dem Laufenden zu halten.“

Der Bürgermeister weist auf den rechtskräftigen, vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 78/08 und 78a/10, zur Errichtung eines Studentenwohnheimes an der Apianstraße hin.

Weiter gibt der Bürgermeister den Antrag der Apian Aparthaus Zwei GmbH & Co. KG, vom 08.08.2019 zur Einleitung eines Bauleitverfahrens und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans (Geltungsbereich Stand 10.08.2019) Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/7 (9.161m<sup>2</sup>), sowie den Bebauungsplanentwurf bekannt.

Der Bebauungsplanentwurf des Architekturbüros Meier, Miesbach (Stand 10.08.2019), wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Fl.Nr. 1190/7 (9.161m<sup>2</sup>) sollen zwei neue Apartmenthäuser für Studierende und Auszubildende im Bereich des bestehenden Parkplatzes auf der Westseite des bestehenden Studentenwohnheimes errichtet werden. Durch Aufständigung des vorhandenen Parkplatzes sollen 128 Apartments à ca. 23 m<sup>2</sup> Apartmentfläche entstehen. Die Apartments sollen nicht durch den Freistaat gefördert werden und somit auch Studierenden und Auszubildenden aus Unterföhring und der näheren Umgebung zur Verfügung stehen. Laut Bebauungsplanentwurf sollen ca. 3.824m<sup>2</sup> für die Maßnahme (Apartments + Stellplätze) und 5.337m<sup>2</sup> öffentliche Grünfläche entstehen.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung mit einer festgesetzten Grundfläche von weniger als 20 000 Quadratmetern im beschleunigten Verfahren aufgestellt.

Die weiteren Verfahrensschritte gemäß BauGB (Auslegung, Abwägung) sind entsprechend der Geschäftsordnung für den Gemeinderat 2014-2020 vorzunehmen. Der Auslegungsbeschluss nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB soll in der Sitzung des Gemeinderates am 10.10.2019 gefasst werden.

Beschluss: 22 : 0

Dem Antrag der Apian Aparthaus Zwei GmbH & Co. KG, vom 08.08.2019 (Geltungsbereich Stand 10.08.2019) zur Einleitung eines Bauleitverfahrens und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 78b/19 „Studentisches Wohnen Apian II“ an der Apianstraße, Fl.Nr. 1190/7, wird zugestimmt. Der Bebauungsplan wird gemäß § 13a Abs. 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Bebauungsplan der Innenentwicklung mit einer festgesetzten Grundfläche von weniger als 20 000 Quadratmetern im beschleunigten Verfahren aufgestellt. Hierfür ist ein vorhabenbezogener Bebauungsplan im Sinne der §§ 12 und 30 BauGB im Verfahren nach §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB sowie §§ 3 Abs. 2 und 4 Abs. 2 BauGB aufzustellen.

Für die Umsetzung der Maßnahme ist ein städtebaulicher Vertrag gemäß § 11 BauGB mit dem Vorhabenträger zu schließen.

Es sind die erforderlichen Fachplaner für die Durchführung des Bauleitplanverfahrens sowie ein Rechtsbeistand zur Vorbereitung des Städtebaulichen Vertrages zu beauftragen.

Die entstehenden Kosten (u.a. Rechtsbeistand, Fachplaner, Gutachter) sind durch den Vorhabenträger zu tragen.

AZ 6102  
Bauamt

935

22

**Bebauungsplan Nr. 88/18 zur Errichtung eines Feststadls östlich der Tiefgarage, nördlich der Jahnstraße und westlich des Etzweges; Abwägungsbeschluss gemäß § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB und Satzungsbeschluss**

Der Planentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 88/18 zur Errichtung eines Feststadls östlich der Tiefgarage, nördlich der Jahnstraße

## **68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019**

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### **Vortrag - Beschluss**

---

und westlich des Etzweges, in der Fassung vom 23.05.2019 nach § 30 BauGB, lag in der Zeit vom 25.06.2019 bis einschließlich 29.07.2019 im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB aus. Die Träger öffentliche Belange hatten vom 25.06.2019 bis einschließlich 29.07.2019 gemäß § 4 Abs. 2 BauGB die Möglichkeit eine Stellungnahme abzugeben.

Die Bebauungsplanunterlagen sind auf der Homepage der Gemeinde Unterföhring eingestellt. Die Planzeichnung des Bebauungsplanes Nr. 88/18 (Stand 23.05.2019) wurde dem Gremium zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB wurden keine Stellungnahmen abgegeben.

Folgende Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden haben gemäß § 4 Abs. 2 BauGB mitgeteilt, dass ihre Belange nicht berührt werden, oder ihr Einverständnis mit der Planung besteht.

- Regierung von Oberbayern, Höhere Landesplanungsbehörde, Schreiben vom 24.06.19
- Landratsamt München, SGs Bauleitplanung, Grünordnung, Naturschutz, Schreiben vom 19.07.2019
- Landratsamt München, Kreisheimatpfleger, Schreiben vom 08.07.2019
- Staatliches Bauamt Freising, Schreiben vom 11.06.2019
- Wasserwirtschaftsamt München, Ldkr. Erding, Schreiben vom 14.06.2019
- Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle München, Schreiben vom 19.06.2019
- Handwerkskammer für München und Oberbayern, München, Schreiben vom 16.07.2019
- Erzbischöfliches Ordinariat München, Schreiben vom 18.06.2019
- Deutsche Telekom GmbH, München, Schreiben vom 17.06.2019
- Landeshauptstadt München – Stadtentwicklungsplanung, Schreiben vom 23.07.2019

Eine Beschlussfassung zu diesen Stellungnahmen ist nicht erforderlich.

Folgende Behörden und sonstige Träger öffentlicher Belange haben sich geäußert bzw. eine Stellungnahme abgegeben:

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

- Landratsamt München – Immissionsschutz
- Bayernwerk Netz GmbH
- DB Immobilien, Deutsche Bahn AG

Die Stellungnahmen wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt.

#### Landratsamt München – Immissionsschutz

Das Schreiben vom 19.07.2019 (Eingang 19.07.2019) mit folgenden Hinweisen wird bekannt gegeben:

Auf das vorliegende schalltechnische Gutachten des Büros Möhler und Partner vom 15.05.2019 wird hingewiesen.

Je nach Art und Umfang von Veranstaltungen in diesem Bereich (Feststadl, Bürgerfestplatz) können Einschränkungen nicht ganz ausgeschlossen werden. Im Rahmen von Zulassungen / Genehmigungen von Veranstaltungen hat es die Gemeinde in der Hand, entsprechende Vorgaben zu machen (schalltechnisches Nutzungskonzept, Pegelbegrenzungen, etc.). Diese technischen(organisatorischen Maßnahmen bleiben dem Vollzug überlassen und können in der Satzung nicht festgesetzt werden (siehe § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB).

Beschluss: 16:6

Der Hinweis des LRA München (Immissionsschutz) wird zur Kenntnis genommen, dass bei Veranstaltungen je nach Art und Umfang die immissionsschutzrechtlichen Belange im Bauvollzug zu prüfen sind. Hierbei ist die Genehmigungsbehörde (Immissionsschutz) mit einzubinden.

#### Bayernwerk Netz GmbH

Das Schreiben vom 11.06.2019 (Eingang 11.06.2019) mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Gegen das Planungsvorhaben bestehen keine grundsätzlichen Einwendungen. Sollte die Errichtung einer neuen Transformatorenstation im Planungsbereich sowie das Verlegen von Mittel- und Niederspannungskabeln erforderlich sein, wird je nach Stationstyp ein Grundstück mit einer Größe zwischen 18 qm und 35 qm benötigt. Dies ist durch eine beschränkte, persönliche Dienstbarkeit zugunsten der Bayernwerk Netz GmbH zu sichern.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Für Kabelanschlüsse dürfen nur marktübliche Einführungssysteme, welche bis mind. 1 bar gas- und wasserdicht sind, verwendet werden. Prüfnachweise sind vorzulegen.

Beschluss: 16:6

Die Äußerung der Bayernwerk Netz GmbH bezüglich der Transformatorenstation werden zur Kenntnis genommen und sind unter Hinweise im Bebauungsplan mit aufzunehmen.

#### DB Immobilien, Deutsche Bahn AG

Das Schreiben vom 05.07.2019 (Eingang 17.07.2019) mit folgendem Inhalt wird bekannt gegeben:

Von der Bauleitplanung ist die 110-kV-Bahnstromleitung Nr. 521, Abzw. München Ost – Aufkirchen, bzgl. der Ausgleichsfläche auf Flurstück Nr. 680, Gmrkg. Unterföhring, welche sich zum Teil innerhalb des zwischen Mast Nr. 1339 und 1340 gültigen Schutzstreifens von 2 x 30m (bezogen auf die Leitungsachse) befindet, betroffen.

Eine Bepflanzung mit Bäumen und Sträuchern kann innerhalb des Schutzstreifens nur im Rahmen bestehender Dienstbarkeiten bzw. schuldrechtlicher Verträge zugestimmt werden.

Die Endwuchshöhe der Pflanzungen darf daher in der Regel 3,50m – ausgehend vom bestehenden Geländeniveau – nicht überschreiten. Innerhalb eines Radius von 9 Metern um die Mitte des Mastes 1339 dürfen keine Bäume und Sträucher angepflanzt werden.

Beschluss: 16:6

Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen und ist unter Hinweise im Bebauungsplan aufzunehmen. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die genannte Leitung mit ihren Masten im Bereich der Ausgleichsfläche auf Fl.Nr. 680, Gmrkg. Unterföhring liegt.

Die Abwägungsbeschlüsse gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschusses vom 23.05.2019 Nr. 603 wurden dem Gremium zur Verfügung gestellt

In diesen Beschlüssen sind die im Rahmen der Beteiligungsverfahren vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit, der Behörden und Träger öffentlicher Belange und der Gemeindeverwaltung wiedergegeben sowie deren Behandlung durch den Ausschuss, d.h. die Ergebnisse der Prüfung des Ausschusses samt dessen Erwägungen, aus denen der Ausschuss den Stellungnahmen gefolgt bzw. nicht gefolgt ist, enthalten.



## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Nr. Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

#### Weiteres Vorgehen:

Der Bebauungsplan Nr. 88/18 zur Errichtung eines Feststadls östlich der Tiefgarage, nördlich der Jahnstraße und westlich des Etzweges, in der Fassung vom 23.05.2019, ist unter Berücksichtigung der vorstehenden Beschlüsse zu ergänzen.

Beschluss: 16 : 6

Die vom Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss getroffenen Einzel- und Gesamtbeschlüsse werden vom Gemeinderat nach Prüfung und Gesamtabwägung aller abwägungsrelevanten Umstände inhaltlich vollumfänglich bestätigt. Der Gemeinderat macht sich die Erwägungen des Bau-, Verkehr- und Grundstücksausschuss ausdrücklich zu Eigen.

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 88/18, Errichtung eines Feststadls östlich der Tiefgarage, nördlich der Jahnstraße und westlich des Etzweges vom 23.05.2019 wird als Satzung gemäß § 10 Abs. 1 BauGB beschlossen.

Der Bebauungsplan erhält das Fassungsdatum 12.09.2019. Das Verfahren gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ist durchzuführen.

AZ 6102  
Bauamt

936 22 **Anpassung der Abonnement-Bedingungen für das Unterföhringer Kulturprogramm (Empfehlungsbeschluss aus dem Jugend- und Kulturausschuss)**

Der Vorsitzende verweist auf den Gemeinderatsbeschluss Nr. G733 vom 19.04.2012, in welchem den Abonnement-Bedingungen zugestimmt wurde.

Die Praxis hat gezeigt, dass die Abonnement-Bedingungen der Gemeinde Unterföhring diverser Anpassungen zur einheitlichen Handhabung im Tagesgeschäft bedürfen.

Die Abonnement-Bedingungen der Gemeinde Unterföhring vom 26.08.2013 sollen, wie in der unten folgenden Synopse dargestellt, durch Neuerlass geändert werden.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

Alte Fassung vom 26.08.2013	Neue Fassung
-----------------------------	--------------

#### § 1 Allgemeines

4. Abonnementsabschlüsse sind schriftlich, per Email, Fax oder schriftlich nach persönlicher Vorsprache im Kartenvorverkauf bis spätestens zur ersten Vorstellung in der jeweiligen Abonnementreihe möglich.	4. Abonnementsabschlüsse sind schriftlich, per Email, Fax, oder <del>schriftlich</del> nach persönlicher Vorsprache im Kartenvorverkauf bis spätestens zur ersten Vorstellung in der jeweiligen Abonnementreihe möglich.
6. Alle Abo-Bestellungen werden in der Reihenfolge des Eingangs bearbeitet.	6. Alle Abo-Bestellungen werden in der Reihenfolge des Eingangs <b>ab dem 1. Vorverkaufstag für die neue Spielzeit</b> bearbeitet.

#### § 2 Vertragsdauer / Verlängerung

2. Der Abo-Vertrag verlängert sich automatisch um eine weitere Spielzeit, wenn er nicht bis spätestens 10. November (für Spielzeit Sommer) bzw. bis 25. Mai (für Spielzeit Winter) für die darauf folgende Spielzeit (Email und/oder Fax reicht aus) gekündigt und die Kündigung durch die Gemeinde Unterföhring schriftlich (Mail und Fax reicht aus) bestätigt wird.	2. Der Abo-Vertrag verlängert sich automatisch um eine weitere Spielzeit, wenn er nicht bis spätestens <b>zu dem im Anschreiben an die Abonnenten genannten Datum</b> <del>10. November (für Spielzeit Sommer)</del> bzw. bis 25. Mai (für Spielzeit Winter) für die darauf folgende Spielzeit (Email und/oder Fax reicht aus) gekündigt und die Kündigung durch die Gemeinde Unterföhring schriftlich <del>(Mail und Fax reicht aus)</del> bestätigt wird.
--	---

#### § 3 Zahlung

1. Der Abonnent hat die Wahl, den Abonnementpreis am Kartenvorverkauf im Bürgerhaus bar oder mit EC-Karte zu bezahlen. Bei telefonischer und postalischer Bestellung, bei Bestellung per E-Mail und Fax oder Online-Bestellung wird die Zahlung durch eine Rechnungsstellung gefordert.	1. Der Abonnent hat die Wahl, den Abonnementpreis am Kartenvorverkauf im Bürgerhaus bar oder mit EC-Karte zu bezahlen. Bei telefonischer und postalischer Bestellung, bei Bestellung per E-Mail, Fax oder Online-Bestellung wird die Zahlung durch eine Rechnungsstellung <b>auf der Reservierungsbestätigung</b> gefordert.
2. Etwaige mit dem Abo anfallende Bankgebühren hat der Abonnent zusätzlich zu tragen.	2. Etwaige mit dem Abo anfallende <del>Bankgebühren</del> Bearbeitungsgebühren hat der Abonnent zusätzlich zu tragen.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Nr.      Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

#### § 4 Ermäßigungen

2. Dies gilt auch für Schwerbehinderte ab 70 % M.d.E. und deren (eine) Begleitperson. Ebenfalls eine Ermäßigung erhalten Rollstuhlfahrer, die einen entsprechenden Sonderplatz nutzen, sowie deren (eine) Begleitperson.	2. Dies gilt auch für Schwerbehinderte <del>ab 70 % M.d.E.</del> und deren (eine) Begleitperson. Ebenfalls eine Ermäßigung erhalten Rollstuhlfahrer, die einen entsprechenden Sonderplatz nutzen, sowie deren (eine) Begleitperson.
7. Verlängert sich das Abonnement um eine weitere Spielzeit gemäß § 2 Zif. 2, so gelten Normalpreise (nicht die ermäßigten Preise), wenn nicht bis spätestens zum 15. Februar (für Spielzeit Sommer) bzw. 15. Juli (für Spielzeit Winter) eines Jahres die Berechtigung erneut nachgewiesen wird.	7. Verlängert sich das Abonnement um eine weitere Spielzeit gemäß § 2 Zif. 2, so gelten Normalpreise (nicht die ermäßigten Preise), wenn nicht bis spätestens <del>zum 15. Februar (für Spielzeit Sommer) bzw. 15. Juli (für Spielzeit Winter) eines Jahres</del> <b>zu dem im Anschreiben an die Abonnenten genannten Datum</b> die Berechtigung erneut nachgewiesen wird.

#### § 5 Rückgabe von Abos und Eintrittskarten / Verlust von Abo-Eintrittskarten, Abbruch der Veranstaltung / Ausschlussfrist zur Geltendmachung von Ansprüchen (Verfallklausel) / Verlust der Abokarte

8. Legt ein Besucher die Originaleintrittskarte vor, hat der Besitzer der Originaleintrittskarte Vorrang vor dem Besitzer der Ersatzeintrittskarte. Die Ersatzeintrittskarte gibt in diesem Fall auch keinen Anspruch auf Zuweisung eines anderen Platzes. Das Einlasspersonal prüft nicht, ob der Inhaber der Originaleintrittskarte berechtigt ist oder nicht.	8. Legt ein Besucher die Originaleintrittskarte vor, hat der Besitzer der Originaleintrittskarte Vorrang vor dem Besitzer der Ersatzeintrittskarte. Die Ersatzeintrittskarte gibt in diesem Fall auch keinen Anspruch auf Zuweisung eines anderen Platzes. <del>Das Einlasspersonal prüft nicht, ob der Inhaber der Originaleintrittskarte berechtigt ist oder nicht.</del>
--	---

#### § 7 Sonstiges, Generalien, Haftung, Gerichtsstand, Rechtswahl, Datenschutz, Abo-Bedingungen

8. Für das Vertragsverhältnis zum Abonnenten gelten ausschließlich diese Abonnementbedingungen. Der Abonnent erkennt sie mit Unterschrift der Abo-Bestellung an. Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit. Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf die Schriftform.	8. Für das Vertragsverhältnis zum Abonnenten gelten ausschließlich diese Abonnementbedingungen. <del>Der Abonnent erkennt sie mit Unterschrift der Abo-Bestellung an.</del> Mündliche Nebenabreden haben keine Gültigkeit. <del>Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf die Schriftform.</del>
---	---

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Jugend- und Kulturausschuss hat sich in seiner Sitzung am 04.07.2019 (Beschluss-Nr. G96) mit der Thematik vorberatend befasst und dem Gemeinderat empfohlen, die neuen Abonnement-Bedingungen zu erlassen.

Die Neufassung der Abonnement-Bedingungen für das Unterföhringer Kulturprogramm, in der die vorgeschlagenen Änderungen eingearbeitet wurden, ist den Mitgliedern des Gemeinderats vorab zugestellt worden.

Die neuen Abonnement-Bedingungen werden bei Neuabschluss eines Abonnements ausgehändigt und bei bestehendem Abonnement mit dem Anschreiben an die Abonnenten Anfang Oktober 2019 mitgesandt.

Beschluss: 22 : 0

Der Gemeinderat nimmt die vorgeschlagenen Änderungen und den Entwurf der neuen Abonnement-Bedingungen der Gemeinde Unterföhring für das Unterföhringer Kulturprogramm, Stand 04.07.2019, zur Kenntnis und folgt der Empfehlung des Jugend- und Kulturausschusses.

Die Abonnement-Bedingungen werden (Entwurfsstand 04.07.2019) hiermit entsprechend neu erlassen.

Sie treten mit Beginn des Abo-Vorverkaufs ab 16.11.2019 in Kraft und gelten ab 15.02.2020 mit Beginn der Spielzeit für das Unterföhringer Kulturprogramm Frühjahr/Sommer 2020.

Kulturamt

937 22

#### **Bauleitplanung der Gemeinde Aschheim: 37. Änderung des Flächennutzungsplanes zur Ausweisung von gewerblichen Nachfolgenutzungen für den Kiesabbau; Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange**

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass die Gemeinde Unterföhring mit Schreiben vom 01.08.2019, eingegangen am 06.08.2019, im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 Satz 1 und 3 BauGB im Rahmen der 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Ausweisung von gewerblichen Nachfolgenutzungen für den Kiesabbau östlich der Kreisstraße M3 erneut um Stellungnahme gebeten wird. Die Planunterlagen des Planungsverbandes Äußerer Wirtschaftsraum München, Stand: 28.02.2019, wurden den Gremiumsmitgliedern zur Verfügung gestellt.

Die Gemeinde Aschheim beabsichtigt mit der 37. Änderung die Weiterentwicklung des Standortes östlich der Kreisstraße M3 an der

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Gemeindegrenze zu Unterföhring von teilweise befristeten rohstoffabbaubezogenen Außenbereichsnutzungen hin zu einem rohstoffabbaubezogenen Sondergebiet Kiesgewerbe. Damit soll die Möglichkeit eröffnet werden, eine bereits erschlossene und vorbelastete Fläche einer dauerhaften und standortgeeigneten Folgenutzung zuzuführen.

In der Gemeinderatssitzung in Aschheim am 28.02.2019 wurde die 37. Flächennutzungsplanänderung in zwei Teilbereiche aufgeteilt, Geltungsbereich 1 „SO 1 nördlich der Werksstraße und Geltungsbereich 2 „SO 2 südlich der Werksstraße.

Der Geltungsbereich 2 (Fa. Schöndorfer) ist nicht Gegenstand der jetzigen Auslegung. Die Auslegung betrifft nur den Geltungsbereich 1, welcher das gesamte Betriebsgelände der Fa. Bayerische Asphaltmischwerke nördlich der Werksstraße umfasst. Für den Geltungsbereich 1 ist ein Zielabweichungsverfahren zum Regionalplan erforderlich.

Der nördliche Teil des insgesamt ca. 13,5 ha großen Änderungsbereichs soll als „Sondergebiet „Asphaltmischwerk“ (SO1) dargestellt. Es sollen Anlagen, Lager- und Abstellflächen als zulässig festgesetzt werden:

- Anlagen zur Herstellung und zum Schmelzen von Mischungen aus Bitumen oder Teer mit Mineralstoffen, ausgenommen Anlagen, die Mischungen in Kaltbauweise herstellen, einschließlich Aufbereitungsanlagen für bituminöse Straßenbaustoffe und Teersplittanlagen einschließlich der zugehörigen Nebeneinrichtungen (z.B. Brennstofflager, Aufbereitung und Lagerung mineralischer Abfälle), Lagerflächen, Verwaltungs- und sonstiger Betriebsgebäude
- Lager und Abstellflächen für Bau- und Bauhilfsstoffe, Kies sowie für Baumaschinen und -fahrzeuge

Mit der Darstellung ist beabsichtigt, den dauerhaften Betrieb der für die bestehende Asphaltmischanlage notwendigen Lager- und Betriebsflächen abzusichern.

Die Feststellung der Flächennutzungsplanänderung für den Geltungsbereich 1 und eine rechtliche Sicherung der Nutzung durch die Festsetzung eines entsprechenden Sondergebiets in einem Bebauungsplan kann jedoch aufgrund der Lage in einem Vorranggebiet für Kies und Sand (Ziel 5.4.2 Regionalplan) erst nach erfolgter Auskiesung dieser Fläche bzw. des erfolgreichen Abschlusses eines Zielabweichungsverfahrens zum Regionalplan erfolgen. Da die Fläche des unbefristet genehmigten Asphaltmischwerkes einen sehr untergeordneten Teil des Vorranggebietes ausmacht, ist von einem erfolgreichen Ausgang eines

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd. Anwe-  
Nr. send

### Vortrag - Beschluss

---

Zielabweichungsverfahrens (Zuständig ist die Regierung von Oberbayern) auszugehen.

Der Vorsitzende erinnert an die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1.022, vom 13.02.2014, Nr. 1.115, vom 06.04.2017, Nr. 562, vom 08.03.2018, Nr. 699, sowie vom 13.12.2018, Nr. 822. Die Gemeinde nahm hier unter anderem wie folgt Stellung:

Gegen die bestehende Nutzung bestehen keine Einwände. Unmittelbar an der Gemeindegrenze zu Unterföhring wird eine wesentlich geänderte bzw. erweiterte Nachfolgenutzung aus Erschließungsgründen als äußerst bedenklich angesehen und in dieser Form auch weiterhin abgelehnt, da hier auch das Verkehrsgutachten der Obermeyer Planen + Beraten GmbH, München, Stand: 30.11.2017, die Erschließungssituation lediglich als noch ausreichend leistungsfähig bezeichnet. Die Gemeinde erbittet hier erneut eine Bestätigung des Gutachtens durch das Staatliche Bauamt Freising. Weiter regt die Gemeinde an, den entstehenden Verkehr östlich über das Aschheimer Gemeindegebiet zu leiten. Eine Zu- und Abfahrt, ausgelöst durch Verkehr zusätzlicher Nutzungsarten und Nutzungsflächen über Feldwege oder private Eigentümerwege in Unterföhring, lehnt der Gemeinderat weiterhin entschieden ab. Darüber hinaus ist der landwirtschaftliche Fuß- und Radweg (Unterer Aschheimer Weg) zwingend aufrecht zu erhalten. Darüber hinaus bleiben die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1022, vom 13.02.2014, Nr. 1115, vom 06.04.2017, Nr. 562, sowie vom 08.03.2018, Nr. 699 weiterhin aufrechterhalten.

Mit Beschluss des Gemeinderates der Gemeinde Aschheim vom 28.02.2019 wird zu den Anregungen der Gemeinde Unterföhring wie folgt Stellung genommen: Die Gemeinde Unterföhring hat mit Stellungnahme vom 20.03.2018 eine Bestätigung des Verkehrsgutachtens durch das Staatliche Bauamt Freising erbeten. Hierzu hat die Gemeinde Aschheim vorgebracht, dass das Staatliche Bauamt Freising am Verfahren beteiligt wurde und keine negative Stellungnahme abgegeben hat. Auch bei der aktuellen Auslegung wurde das Staatliche Bauamt Freising beteiligt. Bedenken gegen das Verkehrsgutachten der Obermeyer Planen + Beraten GmbH wurden auch diesmal nicht vorgebracht. Die M3 ist bekanntermaßen stark ausgelastet – durch den Pendler- Verkehr in/aus der Stadt München, aber nicht zuletzt auch durch die hohen Verkehrszahlen aus dem Unterföhringer Gewerbegebiet. Im Verkehrsgutachten der Obermeyer + Beraten GmbH wird – um auf der sicheren Seite zu stehen – das gesamte Verkehrsaufkommen des Untersuchungsgebietes (ganze Betriebsflächen nördlich und südlich der Werksstraße) über den Knotenpunkt an der M3 abgewickelt. Die Auswertung ergibt in der Morgenspitzenstunde eine Verkehrsqualitätsstufe C und für die maßgebliche Abendspitzenstunde noch eine Verkehrsqualität D. Tatsächlich

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

ist aber das Untersuchungsgebiet auch von Osten erschlossen. Über die Straßen am Westerluß und Am Mühlbach gelangt der Verkehr innerhalb des Gemeindegebietes Aschheim auf die Bundesstraße B 471.

Beschluss: 22 : 0

Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 a Abs. 3 Satz 1 und 3 BauGB zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Aschheim zur Weiterentwicklung des Standortes östlich der Kreisstraße M3 an der Gemeindegrenze zu Unterföhring von teilweise

befristeten rohstoffabbaubezogenen Außenbereichsnutzungen hin zu einem rohstoffabbaubezogenen Sondergebiet Kiesgewerbe sieht die Gemeinde Unterföhring die verkehrlichen Auswirkungen auf Unterföhringer Flur nach wie vor kritisch. Auf die Beschlüsse des Gemeinderates vom 12.09.2013, Nr. 1.022, vom 13.02.2014, Nr. 1.115, vom 06.04.2017, Nr. 562, vom 08.03.2018, Nr. 699, sowie vom 13.12.2018, Nr. 822 wird verwiesen.

AZ 6100  
Bauamt

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 09/19 Neubau Volkshochschule mit Musikschule und Tiefgarage: Sachstand zum Wasserschaden**

Der Erste Bürgermeister gibt den aktuellen Sachstand zum Wasserschaden im Neubau der Volkshochschule mit Musikschule bekannt.

Am 05.08.2019 wurde austretendes Heizungswasser aus einem Heizkreisverteiler im 1. Obergeschoss (Haus 3) des Neubaus der Volkshochschule und Musikschule festgestellt. Durch das ausgetretene Heizungswasser wurden weite Teile der Häuser 3 und 4 über alle Geschosse hinweg beschädigt und teilweise zerstört. Die Häuser 3 und 4 sind bis auf Teile des Hauses 3 im Erdgeschoss bis auf weiteres nicht nutzbar und werden derzeit getrocknet.

In Abstimmung mit den Nutzern konnte die Aufnahme des Schulbetriebes zum 10.09.2019 sichergestellt werden. Lediglich ein Schlagzeug und ein Klavier mussten in die Räumlichkeiten des ehemaligen Horts an der Schulstraße ausgelagert werden. Derzeit findet eine Materialprüfung zur Schadensursache statt.

Die Eröffnungsfeier am 13.09.2019 wird in den Häusern 1 und 2 und in den nutzbaren Bereichen des Hauses 3 stattfinden.

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.      Anwe-  
            send

### Vortrag - Beschluss

---

Der Gemeinderat wird über den weiteren Fortgang zeitnah informiert.

AZ 621  
Bauamt

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 09/19 HKW Unterföhring Kohleblock - Schreiben OB Reiter**

Der Vorsitzende gibt das Schreiben der Landeshauptstadt München vom 09.08.2019 bekannt.

Herr Oberbürgermeister Dieter Reiter antwortet hiernach auf das Schreiben vom 19.07.2019 und teilt mit, dass der Stadtrat im Juli 2019 beschlossen hat, ein unabhängiges Gutachten erstellen zu lassen, um zu klären, wie die Intention des Bürgerentscheids – maximale Reduzierung der CO2-Emissionen aus dem Kohleblock des Kraftwerks Nord – bestmöglich umgesetzt werden kann. Ziel ist es dabei, die technische und rechtliche Machbarkeit einer größtmöglichen CO2-Reduktion beim HKW Nord unter Gewährleistung der Versorgungssicherheit Münchens für Strom und Wärme darzustellen.

Hauptamt

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 09/19 Antrag des Deandlverein Unterföhring e.V.i.G. für einen Zuschuss zur Anschaffung einheitlicher Vereinskleidung**

Mit Schreiben vom 05.08.2019 hat der Deandlverein Unterföhring einen Antrag auf finanziellen Zuschuss zur Anschaffung einheitlicher Vereinsdirndl eingereicht.

Der Antrag wird in der Gemeinderatsitzung am 09.10.2019 als eigener TOP behandelt.

AZ 9  
Finanzen

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **BEK 09/19 Erweiterungen bestehender Standorte um den Mobilfunkdienst 5G**

Der Vorsitzende gibt die E-Mail der Firma Telekom vom 01.08.2019 bekannt und teilt dem Gremium mit, dass die Firma Telekom in den nächsten Monaten die Einführung des 5G-Dienstes an folgenden Standorten in Unterföhring plant:



## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

Münchner Str. 80;  
Beta-Str. 10e;  
Feringastr. 16  
und Dieselstr. 6

Somit ist Unterföhring eine der ersten Kommune in Deutschland, die im Netz der Deutschen Telekom von den neuen Möglichkeiten von 5G partizipieren kann.

AZ 8542  
Hauptamt

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Herr Kirnberger aktueller Stand Parkhaus gegenüber Hotel TheK**

Herr Kirnberger erkundigt sich über den aktuellen Stand der Baumaßnahme Bau eines Parkhauses gegenüber dem Hotel TheK. Die Baugrube sei seit einiger Zeit bereits ausgehoben aber weiter passiert nichts.

Die Verwaltung erläutert, dass aus statischen Gründen die Baumaßnahme in Verzug ist. Die Spezialtiefbauarbeiten werden ab Mitte/Ende Oktober 2019 fortgesetzt.

Hauptamt

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Frau Schödl zum aktuellen Stand Bedarfsampel an der Münchner Straße Höhe Kanal**

Frau Schödl erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zur Errichtung einer Bedarfsampel an der Münchner Straße / Höhe Kanal (Abfahrt zum Poschinger Weiher/Bauhofstraße). Frau Schödl merkt an, dass immer mehr Kinder aus der Wikinger-Siedlung die Bushaltestellen von und nach Ismaning nutzen.

Der Vorsitzende teilt dem Gremium mit, dass dieses Thema aktiv begleitet wird und er dem Landrat beim nächsten persönlichen Treffen einen geeigneten Hinweis an die geforderte Umsetzung einer solchen Bedarfsampel erinnert.

Hauptamt

## 68. Sitzung des Gemeinderates vom 12.09.2019

Lfd.  
Nr.

Anwe-  
send

### Vortrag - Beschluss

---

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Herr Mecke zur Aussage von Herrn Greulich über Standort Realschule in Unterföhring**

Herr Mecke erkundigt sich, ob es seitens der Gemeinde Unterföhring ein Gespräch mit dem Bürgermeister Herr Greulich aus Ismaning über die Standortfrage der Realschule stattgefunden hat.

Der Vorsitzende erläutert, dass kein Gespräch stattgefunden hat. Er weist zudem darauf hin, dass solange noch kein Beschluss im Kreistag gefasst wurde, der Standort Unterföhring immer noch möglich ist. Jedoch sprechen das Gutachten sowie die Zahlen dagegen. Die Stadt Garching hat zudem ein Grundstücksvorschlag eingereicht.

Hauptamt

938

22

#### **Bekanntgaben / Anfragen**

#### **Anfrage Frau Zankl zum Baumrückschnitt auf dem gemeindlichen Grundstück Sudetenstraße**

Frau Zankl teilte dem Vorsitzenden mit, dass gegenüber Ihrer Wohnung auf dem gemeindlichen Grundstück an der Sudetenstraße immer wieder stärkere Äste einer Föhre abbrechen.

Der Vorsitzende dankt für diesen Hinweis, die Verwaltung wird sich um die notwendigen Baumpflegearbeiten kümmern. Gerne darf sich Frau Zankl bei Gefahr in Verzug direkt an die Verwaltung / Feuerwehr Unterföhring wenden.

Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden bedankt sich der Vorsitzende bei den Gemeinderatsmitgliedern für die konstruktive Sitzung sowie bei den Zuhörern für ihren Besuch, er schließt die Sitzung um 21:43 Uhr und wünscht den Zuhörern einen guten Heimweg.

---

Andreas Kemmelmeier  
Erster Bürgermeister

---

Lothar Kipp  
Schriftführer